

1 **Beschluss der Delegiertenversammlung am 28. April 2018 in Eichstätt**

2 **Bayerns Lebensgrundlagen bewahren**

3 **Kernforderungen des Bundes Naturschutz zur Landtagswahl 2018**

4
5 **Der BUND Naturschutz in Bayern appelliert an die Kandidatinnen und Kandidaten zur bay-**
6 **erischen Landtagswahl, in der nächsten Legislaturperiode für eine ökologisch und sozial**
7 **nachhaltige Entwicklung des Landes einzutreten und dabei dem Natur- und Umweltschutz**
8 **Priorität einzuräumen. Die Sicherung von Natur- und Lebensqualität und die Entwicklung**
9 **eines zukunftsfähigen Bayern erfordern klare Kurskorrekturen. Die Kandidatinnen und**
10 **Kandidaten sollten sich zu den folgenden Kernforderungen bekennen und diese nach der**
11 **Wahl direkt in Bayern umsetzen bzw. in den Bundesrat einbringen.**

12 13 **1. Dezentrale Energiewende und Atomausstieg**

14 Die noch laufenden Atomkraftwerke Gundremmingen C und Isar 2 müssen aus Sicherheits-
15 gründen bis Ende 2018 abgeschaltet werden. Für die „aus dem Leistungsbetrieb genomme-
16 nen“ AKW Blöcke Isar 1, Grafenrheinfeld und Gundremmingen B, und später Gundremmin-
17 gen C und Isar 2, muss ein öffentliches Stilllegungsverfahren durchgeführt werden. Der heu-
18 te geplante Abriss unter laufender Betriebsgenehmigung führt zu nicht akzeptablen Risiken.

19
20 Bayern muss ein dezentrales Energiekonzept für Strom vorlegen. Der Ausbau der Erneuerba-
21 ren Energien ist naturverträglich, das heißt unter Berücksichtigung von Naturschutz und
22 Landschaftsschutz, zu beschleunigen. Mit „ökologischen Leitplanken“ müssen Fehlentwick-
23 lungen der Biogaserzeugung auf Mais- bzw. Getreidebasis gestoppt werden. Auf Basis von
24 Reststoffen und Substraten aus Blühflächen könnte die Nutzung von Biomasse zugleich auch
25 der Biodiversität dienen. Die installierte elektrische Leistung von Windenergie und Fotovol-
26 taik muss bis 2050 um den Faktor 5 gesteigert werden. Anlagen in Bürgerhand sind zu för-
27 dern. Nachhaltige Speichertechnologien sind zu entwickeln und auszubauen. Neue Wasser-
28 kraftwerke sowie Pumpspeicherwerke sind für die Energiewende nicht notwendig. Der BN
29 fordert die Aufhebung der totalen Windenergie-Blockade in Bayern.

30 Ein Kernproblem ist die nach wie vor maßlose Energieverschwendung und der hohe Res-
31ourcenverbrauch. Die Energieverbräuche müssen bis 2050 um 50 % reduziert werden. Als
32 eine vordringliche Maßnahme müssen finanziell gut ausgestattete Anreizprogramme für die
33 umweltverträgliche Wärmedämmung von Gebäuden aufgelegt werden. Alle öffentlichen
34 Gebäude müssen umgehend wärme gedämmt werden. Neu gebaute öffentliche Gebäude
35 müssen im Passivhausstandard gebaut und mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Die
36 Bewerbung von Energieeinsparung durch Informationsprogramme für Bürger*innen, Kom-
37 munen und Gewerbe sind notwendig.

38 39 **2. Ein Klimaschutzgesetz für Bayern**

40 Bayern muss Vorreiter einer konsequenten Klimaschutzpolitik werden. Dies geht nur mit
41 klaren gesetzlichen Vorgaben eines eigenen bayerischen Klimaschutzgesetzes. Klimaschutz in
42 Bayern muss das 1,5 Grad Ziel und die Vorgaben der Klimakonferenz 2015 von Paris umset-
43 zen. Auch Bayern muss einen seiner Größe entsprechenden Beitrag zu einem nationalen
44 Maßnahmenprogramm Deutschlands entwickeln. Dies erfordert eine Reduktion der Treib-
45 hausgase, wie Kohlendioxid, um ca. 50 % bis 2030. Um die Pariser Klimaschutzziele zu errei-
46 chen muss die Hälfte der dreckigsten Kohlekraftwerke sofort stillgelegt und ein Kohleaus-
47 stieg deutlich vor 2030 umgesetzt werden.

48 Das Klimaschutzgesetz für Bayern legt verbindliche Ziele und Reduktionspfade für Treib-
49 hausgase, insbesondere energiebedingte Kohlendioxid-Emissionen, für die Sektoren Strom,
50 Wärme, Mobilität und Landwirtschaft fest. Es schafft den Rahmen für eine Halbierung der
51 Energieverbräuche bis 2050, die auch im Koalitionsvertrag 2018 fixiert ist. Hierzu ist eine

52 unabhängige Agentur für Klimaschutz und Energiewende durch die Bayerische Staatsregie-
53 rung zu implementieren und zu finanzieren.

54

55 **3. Flächenverbrauch stoppen**

56 Ab 2019 darf kein neuer Flächenverbrauch insbesondere bei Gewerbegebieten stattfinden,
57 ohne dass an anderer Stelle versiegelte Flächen in mindestens gleichem Maße entsiegelt und
58 ggf. renaturiert werden. Verpflichtung zur Ausarbeitung von Flächenkatastern für Recycling-
59 potenziale vor der Aufstellung von Bauleitplänen in allen Städten und Gemeinden. Bundes-
60 ratsinitiativen zur Neuregelung der Gewerbe- und Grundsteuer mit kommunalem Interes-
61 sensausgleich und Einführung einer Versiegelungsabgabe. Das Landesentwicklungspro-
62 gramm muss mit verbindlichen Zielsetzungen und konkreten Maßnahmenvorschlägen den
63 Flächenverbrauch und die Zersiedlung stoppen, das Anbindegebot umsetzen sowie Ver-
64 pflichtungen zu Flächenrecycling, Umnutzung und Nachverdichtung als Vorgaben für die Re-
65 gionalplanung aufnehmen. Instrumente für Kommunen schaffen, damit sie auf überplante
66 nicht genutzte Flächen sozialverträglich zugreifen können.

67

68 **4. Bäuerliche und pestizidfreie- und gentechnikfreie Landwirtschaft**

69 Damit Anzahl und Vielfalt bäuerlicher Betriebe in Bayern erhalten werden können, muss die
70 Agrarförderung an verbindlichen und messbaren Zielen für Umwelt-, Natur-, Klima- und Tier-
71 schutz orientiert werden. Der Bau von Tierfabriken muss gestoppt werden. Die Tierhal-
72 tungsverordnungen müssen nachgebessert und die bäuerliche Tierhaltung in Richtung tier-
73 gerechter Ställe nach den Kriterien von Neuland oder den Bioverbänden umgestaltet wer-
74 den. Unterstützt werden muss der Prozess durch eine verbindliche Haltungskennzeichnung,
75 die den Verbraucherinnen und Verbrauchern Wahlfreiheit ermöglicht, welche Art der Tier-
76 haltung sie künftig mit ihrem Einkauf unterstützen wollen.

77 Um den Agrarchemieinsatz mit seinen negativen Folgen für Artenvielfalt, Umwelt und
78 menschliche Gesundheit zu reduzieren, fordert der BN ein sofortiges Verbot der Neoniko-
79 tinoide, ein Verbot des Breitbandherbizids Glyphosat sowie der leichtflüchtigen Herbizid-
80 wirkstoffe Pendimethalin und Prosulfocarb und eine generelle Ausstiegsstrategie aus der
81 Herbizidanwendung. Dies ist eine der Voraussetzungen, um das Insektensterben zu stoppen.
82 Am Verbot des Anbaus gentechnischveränderter Pflanzen muss festgehalten werden. Der
83 Ökolandbauanteil in Bayern muss bis 2025 in Bayern auf 30 % erhöht werden. Flächenförde-
84 rung, Investitionsförderung von tierechten Baumaßnahmen, Beratung und eine Werbe-
85 kampagne für ökologische Landwirtschaft müssen dazu sichergestellt werden. Der BN for-
86 dert die Verdoppelung der Fachzentren für Öko-Landbau an den Ämtern für Landwirtschaft,
87 ein Pflichtfach Öko-Landbau an allen Landwirtschaftsschulen, die Verankerung der nachhal-
88 tigen Ernährungsbildung in allen Schultypen und regionale Bioangebote in den behördlichen
89 Kantinen. Überfällig ist auch eine Kennzeichnungspflicht für Genfood bei Fleisch, Wurst,
90 Milch und Eiern, denn bisher gilt die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel,
91 die auf europäischer Ebene geregelt ist, nur für Lebens- und Futtermittel, nicht jedoch für
92 Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden.
93 Bayern soll sich dafür einsetzen, dass diese Ziele in einer ökologisch und sozial gerechten EU-
94 Agrarreform umgesetzt werden.

95

96 **5. Naturschutz und Umweltbildung stärken**

97 Die natürlichen Lebensräume Bayerns liegen wie Inseln in einem Meer von Landnutzungen.
98 Wir wollen sie durch den Aufbau landesweiter Biotopverbund-Korridore miteinander in ei-
99 nem Netz des Lebens verbinden. Internationale Bedeutung hat der Einsatz Bayerns für die

100 Entwicklung und Sicherung des „Grünen Bandes Europa“ im Grenzbereich Bayern/ Tschechi-
101 en/Österreich. Landschaftsschutzgebiete müssen verbindlich geschützt und ausgedehnt wer-
102 den.

103 Das Insektensterben kann nur durch eine pestizidfreie Landwirtschaft und mindestens 10 %
104 Biotopflächen, v.a. in ausgeräumten Agrarlandschaften, aufgehalten werden. Zur Umsetzung
105 auch von anderen Naturschutzzielen sind die Naturschutzfachverwaltung und die Regional-
106 und Landesplanung personell zu stärken.

107 Statt Hetzkampagnen gegen wilde Tiere braucht Bayern ein interdisziplinäres wildbiologi-
108 sches Kompetenzzentrum nach Vorbild der Schweiz und bestens ausgestattete Förderpro-
109 gramme für Weidetierhalter und Landnutzer, z.B. für Präventionsmaßnahmen bei Wolf und
110 Fischotter.

111 Direkte Naturerfahrung ist für alle Bürgerinnen und Bürger, nicht nur für Kinder, ein unver-
112 zichtbarer Bestandteil bayerischer Lebensqualität. Der BN fordert eine projektunabhängige,
113 staatliche Grundförderung aller bayerischen Umweltstationen und Naturschutzzentren ana-
114 log der schon bestehenden Grundförderung bei Naturparks oder Landschaftspflegeverbän-
115 den.

116

117 **6. Neue Nationalparke und mehr Waldwildnis braucht das Land**

118 Der BN fordert den Neustart des Nationalpark-Ausweisungsprozesses nach der Landtags-
119 wahl. Die bayerische Bevölkerung steht hinter neuen Nationalparks, sei es im Steigerwald,
120 Spessart, Rhön, Donau- und Isarauen oder im Ammergebirge. Das am besten geeignete
121 Waldgebiet, der Steigerwald, muss wieder in den Auswahlprozess aufgenommen werden.
122 Neue Nationalparke in Bayern brauchen ein stützendes, bayernweites Biotopverbundsys-
123 tems aus dauerhaft nutzungsfreien Naturwäldern im öffentlichen Wald, vor allem im Staats-
124 wald. Auf der Basis einer naturschutzfachlichen Potenzialanalyse sind in allen Regionen Bay-
125 erns geeignete Gebiete mit den repräsentativen Waldgesellschaften zu benennen, vor Ort zu
126 diskutieren und dauerhaft zu schützen.

127 Dies benötigt eine flächige Umsetzung des Grundsatzes „Wald vor Wild“ durch eine Redukti-
128 on überhöhter Reh- und Rotwildbestände, insbesondere im Bergwald, damit dieser seine
129 unersetzlichen Schutzfunktionen erfüllen kann. Der Einsatz von Chemie im Wald wird abge-
130 lehnt.

131

132 **7. Alpen konsequent schützen**

133 Die Wiedereinrichtung der Alpenplan - Schutzzone C am Riedberger Horn muss als klares
134 Signal für ernsthaften Schutz der Alpen erfolgen. Alpine Schutzgebiete sind zu verbessern,
135 statt permanent Sondergenehmigungen für naturzerstörerische Eingriffe zu erteilen. Keine
136 weiteren Planungen ohne Anwendung der Alpenkonvention. Kein Steuergeld für Schneeka-
137 nonen und Skilifte - stattdessen Aufbau eines Förderprogramms für einen klimawandelange-
138 passenen und naturschonenden Ganzjahrestourismus!

139

140 **8. Gewässer schützen und Auen als Lebensadern erhalten und entwickeln**

141 Ökologisch intakte Bäche, Flüsse, Seen sind Lebensadern und sauberes Wasser ist unsere
142 Lebensgrundlage. Wir brauchen eine konsequente Umsetzung der europäischen Wasser-
143 rahmenrichtlinie (WRRL) und von Natura 2000 an allen Gewässern Bayerns. Hierzu muss u.a.
144 die ökologische und morphologische Durchgängigkeit der Fließgewässer wiederhergestellt
145 werden. Bayern muss sich auf europäischer Ebene gegen eine Abschwächung der WRRL ein-
146 setzen. In Bayern dürfen Wasserschutzgebiete nicht heruntergestuft, sondern müssen aus-
147 geweitet werden. Ebenso darf Tiefengrundwasser nicht langfristig als Ersatz für kontaminier-

148 tes Wasser entnommen werden.

149
150 Bei der Wasserkraft müssen die Mindestwassermengen nach ökologischen Kriterien erhöht
151 werden, dies gilt auch für die kleinen Wasserkraftwerke. Kein Neubau von Wasserkraftanla-
152 gen. Bei der Modernisierung von vorhandenen Großkraftwerksanlagen ist die gleichzeitige
153 Verbesserung der biotischen und morphologischen Durchgängigkeit sowie der ökologischen
154 Dynamik in Fluss und Aue vorzuschreiben. Fließgewässer und ihre Auen sollen sich zu zentra-
155 len lebendigen Biotopverbund-Achsen durch Renaturierung, Wiederherstellung natürlicher
156 Flusssdynamik durch Rücknahme von Ufer-Verbauungen, von Querbauwerken und von
157 Hochwasserdämmen, Waldwildnis in den Auwäldern und Deichrückverlegungen entwickeln.
158 Lebendige Auen mit neu geschaffenen Retentionsräumen schützen langfristig vor Hochwas-
159 ser. Der ökologische Hochwasserschutz mit einer Reaktivierung von natürlichen Auen durch
160 eine Rückverlegung von Deichen hat Vorrang vor technischen Polderlösungen. An den Ober-
161 läufen der Fließgewässer ist die dezentrale Hochwasserrückhaltung durch landschaftsange-
162 passte Grünmulden und Biberteiche zu stärken. Ein Gewässerrandschutzstreifen von zehn
163 Metern muss wie in anderen Bundesländern auch in Bayern gesetzlich verankert werden.

164

165 **9. Überfällige Verkehrswende für saubere Luft**

166 Bayern soll Vorreiter der dringend nötigen Verkehrswende und einer umweltverträglichen
167 Mobilität werden. Saubere Luft für Bayern heißt hierbei u.a. die Einführung eines 365 € Jah-
168 restickets in allen Verkehrsverbänden und Fahrverbote für dreckige Diesel! Mobilitätsgaran-
169 tie für alle bedeutet stündliche ÖPNV Anbindung von 5:00 bis 24:00 Uhr. Güterbahn statt
170 Autobahn und den Ausbau von Gleisanschlüssen und regionalen Bahnverladestellen als Teil
171 eines flächendeckenden Ausbaus und Modernisierung der Schiene. Finanzmittel für Stra-
172 ßenneu- und -ausbauten sind zugunsten von Sanierungsmaßnahmen der überreichlich vor-
173 handenen Infrastruktur umzuschichten. Die Straßenbauverwaltungen sind in Mobilitätsver-
174 waltungen für eine ganzheitliche Planung im gesamten Bereich des Kfz-, Lkw-, Bahn-, Bus-,
175 Rad- und Fußverkehrs sowie der Güterlogistik umzuwandeln. Kein Neu- und Ausbau von
176 Flughäfen und -plätzen in Bayern, vor allem der geplanten 3. Startbahn am Flughafen Mün-
177 chen. Die Subventionierung des Flugverkehrs aus Steuergeldern ist umgehend aufzugeben,
178 stattdessen sind Initiativen zur Verringerung des Flugverkehrs und zu seiner Besteuerung zu
179 ergreifen. Europäische Transitverkehre sollen soweit möglich auf die Bahn verlagert wer-
180 den.

181

182 **10. Starke Zivilgesellschaft**

183 Nachhaltigkeit und Demokratie sind die Voraussetzungen für Umweltschutz, Ökologie und
184 Generationengerechtigkeit. Ehrenamtliches Engagement und soziale Gerechtigkeit müssen
185 als Basis einer starken Zivilgesellschaft und aktiver Bürgerbeteiligung gefördert und ausge-
186 baut werden.